

Einkommensverbesserung der Beamten.

Wie in der heutigen Sitzung der Staatshaushaltskommission der Unterstaatssekretär Michaelis ausführte, beabsichtigt die Staatsregierung im Einvernehmen mit der Reichsregierung eine nicht unbedeutende Erhöhung der bisherigen Kriegsbeihilfen vom 1. Juli ab durchzuführen. Danach sollen auch die verheirateten Beamten ohne Kinder Beihilfen erhalten. Entsprechend dem Antrage aller Parteien wird die Einkommensgrenze, welche für die Beihilfe maßgebend sein soll, von 2100 auf 3000 Mark und für die auf Vertrag angestellten Bediensteten von 2400 auf 3300 Mark erhöht werden. Ueber die Höhe der zu zahlenden Sätze kann die Regierung noch keine bestimmten Angaben machen, da die Verhandlungen noch schweben, doch wird die Erhöhung eine recht erhebliche sein. Die Kommission ersah dies an den vorläufig genannten Zahlen. Die Regierung will bei der Höhe der Zulagen Unterschiede zwischen teuren und nicht teuren Orten machen. Unverheiratete Beamte werden nichts erhalten. Die Lehrer sollen den Beamten gleichmäßig behandelt werden.